

«Too big to fail»: Debatte aufgeschoben

Tages-Anzeiger - Dienstag, 13. Juli 2010

Das Parlament wird sich frühestens Ende November mit der Beschränkung der Risiken für Grossbanken befassen.

Von Arthur Rutishauser

Noch vor Monatsfrist waren sich alle Parlamentarier von links bis rechts einig: Es müsse etwas getan werden, um die Risiken der Grossbanken zu beschränken. Eine Rettungsaktion, wie sie im Fall UBS nötig war, sollte es nie mehr geben, dies war der allgemeine Tenor. Der Nationalrat überwies eine entsprechende Motion von Philipp Müller mit 176 zu 1 Stimmen.

Allenthalben wurde gesagt, in der Herbstsession würden konkrete Umsetzungsvorschläge im Parlament diskutiert. Bis dann liege ein Bericht der Arbeitsgruppe unter Leitung von Ex-Finanzdirektor Peter Siegenthaler vor, der Lösungen aufzeigen soll. Etwaige Zweifel von linker Seite, ob es nach Unterzeichnung des Staatsvertrags noch genügend Unterstützung für griffige neue Regulierungen gebe, wurden beiseite gewischt.

Doch seither wurde der Reformeifer deutlich gebremst. Als Erster preschte Oswald Grübel von der UBS vor und zeigte auf, dass die bisher diskutierten Vorschläge eine Verdoppelung des Eigenkapitals der Grossbanken bedeuten würden. Dies hätte, so Grübel im Interview mit dem «Tages-Anzeiger», zur Folge, dass Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet seien.

Lieber WM als Debatte

Vor drei Wochen beschloss die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), auf die Motion vorläufig nicht einzutreten. Die Debatte darüber wurde auf Ende August verschoben. Offizielle Begründung: Man wolle den Bericht der Arbeitsgruppe Siegenthaler abwarten. Inoffizieller Grund war, dass ein grosser Teil der männlichen Kommissionsmitglieder den WM-Fussballmatch zwischen der Schweiz und Chile bevorzugte und so ein Zufallsmehr gegen eine Debatte resultierte.

Auf jeden Fall wird der Bericht Siegenthaler auch an der nächsten Sitzung der WAK-Ständerat Ende August immer noch nicht vorliegen, denn er kommt erst Anfang September. SVP-Parteistrateg Christoph Blocher drohte darum

vor drei Wochen im TA mit einer Volksinitiative, wenn am Schluss der Banken debatte keine griffigen Massnahmen zur Beseitigung des Grossbanken-Risikos resultieren würden.

Letzte Woche war nun die Reihe an der WAK-Nationalrat. Gemäss einem Antrag von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer hätte die Kommission eine Sondersitzung anberaumen sollen, damit der Bericht Siegenthaler und die daraus folgenden Konsequenzen in der Herbstsession hätten besprochen werden können. Doch auch diese kommt nicht zustande: Der Antrag Leutenegger Oberholzer wurde mit der bürgerlichen Stimmen inklusive SVP abgelehnt, was dazu führt, dass der früheste Termin in der Wintersession im November anfällt. Diese Wintersession wird aber dominiert werden von der Wahl eines Nachfolgers für Bundesrat Moritz Leuenberger.

SVP-Nationalrat und WAK-Mitglied Hans Kaufmann verteidigt die Verzögerung des Traktandums. «Bei diesem Thema ist Vorsicht angesagt. Es geht für die Schweiz um zu viel», sagt Kaufmann. Aufseiten der Linken hingegen wächst die Zahl derjenigen, die befürchten, dass am Ende gar nichts geschieht.